

12.08.2007

Darfur: Jetzt bloß nicht den Kopf in den Sand stecken

Welt am Sonntag

Von Kerstin Müller

Am 31. Juli hat der UN-Sicherheitsrat endlich eine robuste Friedensmission (Unamid) für die westsudanesischen Krisenprovinz Darfur beschlossen - mit 26 000 Soldaten die größte aller Zeiten. Vergangenes Wochenende einigte sich ein Großteil der zersplitterten Darfur-Rebellen auf eine gemeinsame Agenda für neue Friedensverhandlungen mit der Regierung. Das sind zwei wichtige Schritte, um den seit 2003 andauernden schleichenden Völkermord in Darfur zu beenden.

Doch was tut die Große Koalition? Vertreter lassen eilig verlauten: Deutschland wird sich an Unamid nicht beteiligen. Das ist politisch und moralisch eine Bankrotterklärung! Jahrelang bedauerte man die schreckliche Lage in Darfur, noch im April hat der Bundestag interfraktionell beschlossen, dass die Bundesregierung die geplante Friedensmission unterstützen soll. Jetzt, da es ernst wird, will man davon nichts mehr wissen.

Dabei ist ganz klar: Es kann keine militärische Lösung des Darfur-Konflikts geben. Die Aussicht auf neue Friedensgespräche von Rebellen und Regierung ist der zentrale Angelpunkt. Ohne einen nachhaltigen Friedensprozess aller Kräfte in Darfur wird es keinen dauerhaften Frieden geben. Die bisherige 7000-köpfige Friedensmission der Afrikanischen Union (AU) ist gescheitert, weil es keinen erfolgreichen Friedensprozess gab - aber auch, weil sie zu klein und schlecht ausgerüstet ist, um einen Waffenstillstand abzusichern und Zivilisten vor Massakern zu schützen.

Deswegen hat der UN-Sicherheitsrat im August 2006 beschlossen, die afrikanische in eine robustere, größere UN-Mission umzuwandeln. Sudan lehnte dies als "Rekolonialisierung" durch den Westen ab, al-Qaida drohte mit einem Dschihad in Darfur, die UN-Vetomacht China stellte sich vor ihren Öllieferanten Sudan, und die EU verhängte noch nicht mal Sanktionen. Derweil startete Sudans Militär neue Offensiven, und das Flüchtlingsdrama nahm neue Dimensionen an.

Nun ist es endlich gelungen, mit Chinas Hilfe Sudan dazu zu bringen, eine gemeinsame Friedenstruppe von AU und UN zu akzeptieren. Bedingung Sudans: Das Gros der Soldaten soll aus afrikanischen Ländern stammen. Auch an anderen Stellen konnte Sudan das Mandat verwässern. So fehlen ein robustes Mandat zum Einsammeln von Waffen und die Androhungen von Sanktionen. Truppensteller sind nun aufgefordert, bis Ende August Beiträge für Unamid anzubieten. Möglichst früh im nächsten Jahr soll die Friedensmission voll operationsfähig sein. Inzwischen heißt es, zusammen mit Angeboten aus asiatischen Staaten stünden genug afrikanische Truppen zur Verfügung. Vom Westen wird aber dringend Unterstützung bei Luft- und Landtransport, Wasserversorgung sowie der Bereitstellung von Kampfhubschraubern erwartet. Nur damit kann die Mission schnell stationiert werden und Aussicht auf Erfolg haben. Ein demonstrativer Beitrag Deutschlands hätte eine Signalwirkung.

Die Bundeswehr leistet bisher auf Anfrage gelegentlich Hilfe beim Lufttransport für die AU-Mission. Dafür können bis zu 200 Soldaten eingesetzt werden. Dieses Kontingent muss auch Unamid zur Verfügung gestellt werden. Aber bei dieser immens wichtigen Friedensmission -

Testfall der UN nach Ruanda - muss Deutschland mehr leisten, etwa im logistischen Bereich oder für die Führungsstäbe. Trotz Kapazitätsengpässen wegen Afghanistan muss genau geprüft werden, was den UN angeboten werden kann. Einfach den Kopf in den Sand zu stecken ist nicht akzeptabel.

Das gilt erst recht bei der humanitären Hilfe für die Flüchtlinge und dem zivilen und diplomatischen Engagement für den Friedensprozess, und zwar nicht nur in Darfur. Inzwischen ist fast vergessen, dass es im Sudan auch einen verheerenden Nord-Süd-Bürgerkrieg gab. Der 2005 geschlossene Friedensvertrag ist trotz UN-Friedensmission im Süden des Landes akut gefährdet. Wir brauchen dringend ein stärkeres EU-Engagement zur Stabilisierung des gesamten Sudans - sonst drohen auch alle Versuche zur Beendigung der Darfur-Krise zu scheitern.

Die Autorin ist außenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von Bündnis90/Die Grünen